# Hochwasserschutz IST Daseinsvorsorge und systemrelevant für bergbaubetroffene Niederrhein-Metropole

"Kritische Infrastrukturen (KRITIS) sind Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger **Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen**, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende **Versorgungsengpässe**, erhebliche
Störungen der öffentlichen **Sicherheit** oder andere **dramatische Folgen** eintreten würden."

### Kritik - Mängel

- Der Schutz Kritischer Infrastrukturen sowie das Prinzip Schadensverhinderung sind keine politischen Kernaufgaben in NRW.
- Der Daseinsschutz vor Wassermassen im "deichgeschützten" bergbauinduziertem Senkungsgebiet wird dem ehrenamtlichen Deichverband DU-X und dem "ohnmächtigen" Katastrophenschutz überantwortet.
- 3. Öffentliche **Standsicherheitsberichte** über Deiche wie Einrichtung eines **Deich-TÜV** wird abgelehnt!
- NRW ohne Strategie wie besiedelte Senkungsmulden bei Starkregen/Hochwasser-Einfluss entwässert werden können. Rettungswege und Fluchtziele für > 500.000 Menschen, Tiere etc. sind unbekannt.
- 5. Die Pflicht auf ständige Sicherheit widerspricht der Angabe von "Jährlichkeiten".
- Ewigliche bergbaubedingte Grundwasserabsenkung durch die LINEG wg. Bergbau (BBergG) unter potenziellen Überflutungsgebieten des Niederrheins.
- Aktuell maximaler Abflussschutz vor Rheinhochwasser bis zu 11.000m³/s! Kein Schutz bei höheren Abflüssen! Aktueller Landes-Plan zum schadlosen Rheinabfluss = 14.800 m³/s.
- 8. Das **Prinzip zur Lebensraumsicherung** "Wahrnehmen, Verstehen, Handeln" findet politisch nicht statt!
- Das BBergG steht vor dem GG, WHG etc. Ein Gesetz aus feudaler Zeit! Keine Eigentums-Rechte für bergbau- und überflutungsbetroffene Bewohner im Kreis Wesel!
- 10. Digitale und strategisch wichtige topographische Karten, wie **Gebiets-Höhenlagenkarten**, liegen (offiziell) nicht vor.
- 11. Bürgermeister sind keine Bürgerschützer.
- 12. Für behördliche Führungskräfte existiert kein **Studiengebiet** über "Integrierte Sichtweisen vernetzter Infrastrukturen und ihren Abhängigkeiten"
- 13. Erfahrungen über die Zunahme extremer Wetterereignisse, technisches Versagen sowie die Risiken vor Terror und Anschläge erfordern ein modernes "Schadens-Verhinderungs-Management" auch in Landkreisen.

#### Fazit: Wann endlich greift die Justiz ein?

Expertenmeinungen werden von Politiker ignoriert! "Alles soll besser werden – doch nichts darf sich ändern!" Prof. Dr. Gottwald, Dresden

## Folgen - Auswirkungen

- Kreis Wesel: Bergbauinduzierte Absenkung potenzieller Überflutungsgebiete derzeit bis zu 25 Meter. Der Salzabbau geht mit Senkungseinwirkungen weiter.
- Drohende potenzielle Überschwemmung bis zu 10 Meter über abgesenktes Gelände. Ab 4 m Höhe besteht akute Lebensgefahr.
- 3. Latentes Lebensraum-Risiko durch Bergbau-Einwirkungen, Rheinhochwasser und Starkregen am linken Niederrhein. Schadensverhinderung wird nicht als politische Pflicht angesehen.
- 4. Extremhochwasser und Starkregen bringen Tot und Verderben für bergbaubetroffene Siedlungsgebiete.
- 5. Risikostudien von 2000/2004 erwirken bislang keinen politischen Handlungszwang!
- 6. Kernproblem: Abflusslose Senkungsmulden
- 7. Für bergbauinduziertes Überschwemmungsrisiko kommt **keine Versicherung** auf. **Selbstschutz** empfiehlt die Landesregierung.
- 8. **Ewigliche Grundwasserabsenkung** zum Lebensraumerhalt. Entsorgung/Vernichtung von lebenswichtigen Wasser (LINEG-Gesetz)
- 9. **Hilflosigkeit der Behörden** bei extremen Rheinabflüssen und Starkregen.
- 10. Katastrophenschutz-Behörden konstatieren: "WIR können nicht retten!" Das Krisenmanagement ist nur Begleiter einer Katastrophe!
- 11. Rhein-Metropole drohen Totalschäden in Milliarden Höhe, Tausende Tote. Einfluss bis ins NL-Maas-Gebiet!
- 12. Katastrophenschutz Übung vom 23.10.2000 Rheinflut 2000: (RP-Bericht vom 2.7.200) Erkenntnis von Moers: 10.000 Tote!

Ein worst case mit nationalen und europaweiten Auswirkungen wird akzeptiert!

#### Schadensbewertung

gem. NRW/RWTH-Aachen Studie von 2000:

Betroffene Menschen
Einstaufläche >1.500 km² + in NL!
Schadenspotenzial >125 Mrd. €
Bruttowertschöpfung >60 Mrd. €/a
Sachschäden >20 Mrd. €
Wertschöpfungsverluste >5 Mrd. €
Unbewertete ökonomische Schadenspotenziale:
Menschen, Tiere, Umwelt, Infrastruktur etc.

